



Leseprobe aus:

Josef Schlarmann

Angela Merkel aus der Nähe



Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf www.lau-verlag.de

© 2017 Lau-Verlag & Handel KG, Reinbek

Josef Schlarmann

Angela Merkel

aus der Nähe



**Bibliografische Information
der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-95768-191-1

© 2017 Lau-Verlag & Handel KG, Reinbek

Internet: www.lau-verlag.de

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung
und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet,
vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlagentwurf: pl, Lau-Verlag, Reinbek

Umschlagabbildung: Im Rahmen der Bundesdelegiertenversammlung der
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU unterhält sich
Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Freitag (06.11.2009) in Berlin mit
Josef Schlarmann, dem Bundesvorsitzenden der Mittelstands- und
Wirtschaftsvereinigung (MIT) der CDU/CSU.

© picture-alliance/dpa. Fotograf: Rainer Jensen

Satz und Layout: pl, Lau-Verlag, Reinbek

Druck- und Bindearbeiten: GK Druck Gerth und Klaas GmbH & Co. KG, Hamburg

Printed in Germany

Für Barbara

Inhalt

Einführung	11
1. Die Reform-Kanzlerin	13
Leipziger Reformparteitag der CDU.....	13
Schröders Agenda 2010.....	15
Der Kurswechsel in der Union.....	17
Die große Koalition 2005	19
Konflikte mit der Koalitionsregierung	21
Wachsende Staatsgläubigkeit	28
Bundestagswahlkampf 2009.....	30
Die schwarz-gelbe Koalition	33
Das Ende des liberalen Projektes.....	35
Eine enttäuschende Regierungsbilanz	36
Der Wohlfühlwahlkampf 2013.....	38
Moderne Politiker	42
2. Die Krisen-Kanzlerin	45
Internationale Bankenkrise	45
Der Deregulierungswettbewerb.....	46
Die amerikanische Immobilienblase.....	48
Unterkapitalisierte Banken.....	50
Die internationale Krisenstrategie.....	51
Die deutsche Bankenkrise	53

Staatliche Deregulierung	55
Die Rettungspolitik der Bundesregierung	57
Der Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin)	59
Globale Wirtschaftskrise 2009	61
Konjunkturpakete I und II	63
Deutschlandfonds für die Wirtschaft	66
»Defizit spending« des Finanzministers	67
Regulierung der Banken	69
Der 63. Deutsche Betriebswirtschaftler-Tag	71
Ein Strom von Regulierungsprojekten	73
Resümee	85
3. Die Euro-Kanzlerin	89
Die Euro-Wende	89
Markt oder Plan in Europa	91
Der politische Euro	95
Der Vertrag von Maastricht	97
Die Politik der billigen Kredite	100
Risikolose Staatsanleihen?	103
Die Rettung Griechenlands	106
Der kollektive Vertragsbruch	108
Der vorläufige Rettungsschirm (EFSF)	112
Der endgültige Rettungsschirm (ESM)	115
Die Zukunft des ESM	119
Die verfehlte Rettungsstrategie	121
Die Rettungspolitik in der Euro-Falle	124
Die EZB als Retter letzter Instanz	127
Die große Bazooka	130
Der »ultra vires«-Streit	132
Die »Quantitative Lockerung« der EZB	135
Der Euroraum im Ausnahmezustand	138
Zurück zur Vertragsordnung	140

4. Die Klima-Kanzlerin	145
Der vorzeitige Atomausstieg	145
Die Vorgeschichte der Energiewende	150
Die kurze Rückwende	154
Die Folgen für die Energiekonzerne	156
Das Erneuerbare Energien Gesetz	160
Ein Markt – zwei Systeme	162
Rettung durch Kapazitätsmärkte?	167
Planwirtschaftliche Energiewende	169
Die gescheiterte Energiewende?	172
Vielfältige Kostentreiber	175
Die politische Klimaforschung	180
Die unterdrückte Skepsis	184
»Klimaschutzplan 2050«	186
Der europäische Emissionshandel	190
Kritik der Mittelstandsvereinigung	193
5. Die »Mitte-Links«-Kanzlerin	195
Der Rat der Weisen	195
Gestörtes Verhältnis zur Wirtschaft	197
Gebrochene Wahlversprechen	198
Steuerpolitische Zeitenwende	200
Notwendige Steuerreformen	202
Steuerehrlichkeit	204
Der Zorn in der Wirtschaft	206
Ausufernde Sozialleistungen	208
Regulierung des Arbeitsmarktes	211
Die Idee der Solidarrente	212
Der Vorstoß des DGB	214
Gesetzlicher Mindestlohn	217
Die Vorgeschichte des Mindestlohns	218

Die Kampagne der CDA.....	219
Der angebliche »Kompromiss«	222
6. Die Wohlfühl-Kanzlerin	225
Das Staatsverständnis	225
Der ökologische Wohlfahrtsstaat	227
Politischer Paternalismus	229
Abschied vom mündigen Verbraucher.....	233
Der Glücksindex	235
Die deutsche Willkommenskultur	236
Nationale oder europäische Lösung?	239
Die Schließung der Balkanroute	241
Die türkische Lösung?.....	244
Die große Migrationswelle	247
Kritische Stimmen.....	249
Das Bild der Bundeskanzlerin	252
Personenregister.....	255

Einführung

Dies ist ein Buch über zwölf Jahre deutsche Politik, die Angela Merkel als Bundeskanzlerin maßgeblich geprägt hat. Am 22. November 2005 wurde sie erstmals zur Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Im Herbst 2017 endet ihre dritte Amtsperiode.

Die zwölf Jahre Kanzlerschaft von Angela Merkel haben Deutschland tiefgreifend verändert. Vor allem die wirtschaftliche Situation hat sich im Vergleich zu der Zeit vor 2005 deutlich verbessert. Die Wirtschaft ist kontinuierlich gewachsen und hat den Konjunkturabsturz nach der Pleite von Lehman Brothers schnell überwunden. An die Stelle hoher Arbeitslosigkeit ist nahezu Vollbeschäftigung getreten. Der hohe Exportüberschuss zeigt, dass die deutschen Unternehmen international wettbewerbsfähig sind. Zudem zeigen Umfragen, dass die Menschen mehrheitlich auch mit ihrer persönlichen wirtschaftlichen Lage zufrieden sind.

Am Ende ihrer dritten Amtsperiode hinterlässt Angela Merkel den Deutschen jedoch eine Reihe schwerwiegender Probleme, die ungelöst sind. Dazu gehört ein Europa, das sich unter dem Regime des Euro wirtschaftlich spaltet und über dessen Zukunft Uneinigkeit besteht. Ebenso schwer wiegt die von Angela Merkel initiierte Energiewende, mit der die deutsche Stromwirtschaft mehr und mehr in ein planwirtschaftliches System abrutscht. Zu ihrer Hinterlassenschaft gehören auch massive Sozialversprechen, die den Spielraum für zukünftige Investitionen deutlich einengen und das Fundament des Wohlstandes gefährden. Und schließlich

hat Angela Merkel mit ihrer einsamen Entscheidung, Flüchtlinge unkontrolliert ins Land zu lassen, das Land tief gespalten.

Angela Merkel polarisiert heute die Gesellschaft, wie kein anderer Politiker in Deutschland. Ihre Anhänger loben ihre Führungsstärke und integrative Fähigkeit, insbesondere über Parteigrenzen hinweg. Ihre Kritiker werfen ihr vor, aus Naivität deutsche Interessen verraten und das Recht gebrochen zu haben. Dieses Buch erzählt, wie es zu diesen beiden Sichtweisen kommen konnte.

Ich habe die Kanzlerschaft von Angela Merkel als Bundesvorsitzenden der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) seit 2005 aus der Nähe verfolgen können. Zum Verständnis: Die MIT ist eine politische Vereinigung innerhalb der Union, die parteiintern und öffentlich für die Soziale Marktwirtschaft eintreten und wirken soll. Lobbyismus für bestimmte Branchen oder Unternehmen gehört nicht dazu. Der MIT geht es um »pro market«, nicht um »pro business«.

In meiner Eigenschaft als Bundesvorsitzender der MIT war ich automatisch auch Mitglied des Bundesvorstands der CDU und nahm an den Beratungen dieses Gremiums teil. Diese Tätigkeit war nicht konfliktfrei, sondern führte immer wieder zu Auseinandersetzungen mit der Bundeskanzlerin und ihrem engeren Führungszirkel. Der tiefere Grund war der zunehmende Linkskurs, den Angela Merkel der CDU verordnete und in der Regierung mit der SPD auch umsetzte. Ihre Bewunderer nannten diesen Prozess »Modernisierung«, für ihre Kritiker war es die »Sozialdemokratisierung« der Partei.

In diesem Buch schildere ich die Politik von Angela Merkel, wie ich sie in den 12 Jahren ihrer Kanzlerschaft erlebt, begleitet und kritisiert habe. Es geht mir dabei nicht darum, die Persönlichkeit der Bundeskanzlerin zu analysieren und tiefgründig zu erklären. Mein Anliegen ist es vielmehr, die Politik von Angela Merkel zu beschreiben und dabei Zusammenhänge und Hintergründe aufzuzeigen. Es ist dann Sache des Lesers, sich ein persönliches Urteil über ihre bisherige Politik zu machen.

4. Die Klima-Kanzlerin

Der vorzeitige Atomausstieg

Am Freitag, dem 11. März 2011, erschütterte um 14.46 Uhr Ortszeit ein Beben der Stärke 9,0 den Nordosten von Japan. Zwei Minuten später schaltete sich das Kernkraftwerk Fukushima automatisch ab. Gleichzeitig sprangen die Dieselgeneratoren an, um die Notkühlung der Generatoren zu übernehmen. Doch dann kam ein gewaltiger Tsunami und spülte die Dieselgeneratoren ins Meer. Ohne Kühlung waren die heißen Brennstäbe sich selbst überlassen, sodass sich im Reaktorgebäude explosiver Wasserstoff sammeln konnte. Der Betreiber Tepco versuchte, durch Ablassen der Gase eine drohende Explosion zu verhindern. Vergeblich: Nacheinander kam es in mehreren Blöcken des Kraftwerks zu Wasserstoffexplosionen und zur Freisetzung radioaktiver Substanzen. Damit nahm die Katastrophe ihren Lauf.

Die politische Führung in Berlin reagierte auf die Katastrophe unverzüglich mit hektischer Betriebsamkeit. Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) setzte noch am gleichen Tag einen Krisenstab ein. »Alles hat sich radikal geändert«, sagte er. Am gleichen Abend gab es ein Treffen im Kanzleramt, um die Frage zu erörtern, wie man auf die Katastrophe »politisch« reagieren müsse. In Baden-Württemberg standen Landtagswahlen vor der Tür. Man war sich einig, dass die Katastrophe ein »Umdenken« erfordere und etwas gegen die Verunsicherung in der Bevölkerung, über die Wahlkämpfer berichtet hatten, getan werden müsse.

Am nächsten Tag, einem Samstag, telefonierte die Kanzlerin mit dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Stefan Mappus, der nervös auf politische Signale aus Berlin wartete, um sich gegen die Attacken der Grünen zu wehren. Dazu trafen sich am Sonntagabend wichtige Politiker der schwarz-gelben Koalition im Kanzleramt. Man verständigte sich darauf, dass die Verlängerung der Laufzeiten, die wenige Monate zuvor beschlossen worden war, angesichts der neuen Lage »nicht vollzogen« werden sollte. Außerdem sollten einige Kraftwerke »vom Netz«, um deutlich zu machen, dass die Union die Sorgen der Menschen ernst nahm. Damit war das sogenannte »Moratorium« geboren, mit dem sieben ältere Atomkraftwerke, befristet für drei Monate, still gelegt wurden.

Am darauf folgenden Montag teilte Angela Merkel der Öffentlichkeit ihre Entscheidung mit und erklärte: »Ich habe eine neue Bewertung vorgenommen und meine Haltung zur Kernenergie verändert.« Die von ihr gewählte Begründung war ein Täuschungsmanöver. In Wirklichkeit ging es ihr nicht um eine neue Bewertung atomarer Gefahren, sondern um die bevorstehende Landtagswahl in Baden-Württemberg am 27. März 2011. Sie befürchtete, dass die »Grünen« aufgrund des Reaktorunfalls zusätzlichen Aufwind bekommen könnten. Herbert Kremp schrieb zu dieser Motivation in der Tageszeitung *Die Welt* vom 10. März 2012: »Frau Merkel bemerkte als Physikerin auf einmal eine unerträgliche Gefahr, die sie kurz zuvor als Kanzlerin für kalkulierbar und überschaubar eingeschätzt hatte. In Wirklichkeit herrschte ein banaleres Motiv vor, das aber wenigstens einsichtig war. Ziel war es, den Schaden bei den bevorstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg in Grenzen zu halten.«

Aus wahltaktischen Gründen wurde von der Bundesregierung parteiintern ein gewaltiger Druck aufgebaut. Für längere Debatten in den Regierungsfractionen oder der Partei war keine Zeit mehr. Alle mussten »ohne wenn und aber« auf die neue Linie eingeschworen werden. Die Skeptiker und Kritiker brachte man mit einem »erbarmungslosen Konformitätsdruck« zum Schweigen. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Arnold Vaatz beschrieb seine

damalige Situation folgendermaßen: »Die Strafe für Widerspruch ist heute allerdings (zum Glück noch nicht!) Haft oder Liquidation, sondern nur die Verbannung aus der medialen Relevanzzone. Leider ist dies als Höchststrafe für jene hinreichend, deren Existenzbedingung öffentliche Zustimmung ist. Dazu zählen in einer Demokratie ausnahmslos alle Politiker.«

Für die Umsetzung des Moratoriums benötigte die Bundesregierung die Hilfe der Länder, in denen sich die betroffenen Atomkraftwerke befanden. Denn für die Stilllegung solcher Anlagen waren die jeweiligen Atomaufsichtsbehörden der Länder zuständig. Um solche Stilllegungsverfügungen vorzubereiten, fanden sich die Ministerpräsidenten – allesamt Politiker der Union – einen Tag später mit ihren Fachbeamten im Kanzleramt ein. Zu klären waren zwei Fragen: Wer sollte für eine evtl. rechtswidrige Entscheidung haften? Und wie ließ sich ein Abschalten rechtfertigen?

Zur ersten Frage soll die Kanzlerin den Ministerpräsidenten gesagt haben: »Wir lassen die Länder nicht im Regen stehen.« Zur zweiten Frage versprach Norbert Röttgen den Anwesenden, er werde ihnen den Entwurf eines »quasi unterschriftsreifen Stilllegungsbescheids« zuschicken. Als dieser Entwurf bei der Hessischen Landesregierung eintraf, äußerten die dort zuständigen Fachbeamten der Abteilung »Kerntechnische Anlagen und Strahlenschutz« jedoch Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme. Da aber politisch entschieden war, dass die Stilllegungsverfügung »zum 18. März raus sein« sollte, verfiel man auf eine ungewöhnliche Idee: Die ganze Abteilung wurde vom Ministerpräsidenten Volker Bouffier (CDU) und der Umweltministerin Lucia Puttrich (CDU) von ihrer fachlichen Verantwortung entbunden und zu einem Büro für »qualifizierte Schreibearbeit« herabgestuft. Damit vermied man auch, dass die geäußerten Bedenken aktenkundig wurden.

Die mit dem Moratorium zusammenhängenden Rechtsfragen wurden von der Bundesregierung nur oberflächlich geprüft. Angela Merkel war der Meinung: »Ich glaube, dass wir keine Gesetzesänderung brauchen.« Umweltminister Norbert Röttgen berief sich

zur Rechtfertigung des Moratoriums auf Paragraph 19 Absatz 3 des Atomgesetzes, wonach Kernkraftwerke stillgelegt werden können, wenn sich »durch die Wirkung ionisierender Strahlen Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sachgütern ergeben können«. Eine solche Begründung hielten Verfassungsrechtler schon deshalb nicht für stichhaltig, weil das Unglück in Japan mit den deutschen Kraftwerken nichts zu tun hatte. Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier bezeichnete das Moratorium deshalb als eine »illegale Maßnahme«. Ein Gesetz aussetzen könne nur das Bundesverfassungsgericht, aber nicht die Bundesregierung.

Trotz solcher Bedenken fanden die hastigen Entscheidungen der Bundesregierung in der Öffentlichkeit und den Medien breite Zustimmung, was die Bundesregierung in ihrem Vorgehen bestärkte. Dass hierbei gröblich gegen rechtstaatliche Regeln und Gepflogenheiten verstoßen wurde, regte niemanden auf. Auch in der Union war nirgends der Wunsch zu spüren, über den neuen Kurs der Regierung eine grundsätzliche Debatte zu führen. Als Angela Merkel im Bundesvorstand der CDU über die beschlossenen Maßnahmen referierte, wurden diese nur von Arnold Vaatz (MdB) und von mir kritisiert. Alle anderen akzeptierten, was die Parteivorsitzende entschieden hatte.

Gestützt wurde diese Reaktion durch die typisch deutsche Reaktion auf den Reaktorunfall. Die deutschen Medien berichteten nicht nur intensiver als ausländische Medien über diese Katastrophe, sondern thematisierten vor allem die Kernenergie im eigenen Land. Japan schien aus Sicht vieler Journalisten nur das zu bestätigen, was man schon lange zu wissen glaubte, nämlich die Unbeherrschbarkeit der Kernenergie. Es war die von den Medien in der Bevölkerung verbreitete Angst vor einem Atomunfall, die dazu führte, dass die Entscheidung über den Atomausstieg eine so breite Zustimmung fand.

Von den verwaltungsinternen Bedenken und den seltsamen Abläufen erfuhr die Öffentlichkeit nichts. Ihr wurde vielmehr von Norbert Röttgen (CDU) folgende Geschichte erzählt: »Ich habe die

Reaktorsicherheitskommission mit einer Untersuchung aller Kraftwerke beauftragt, und gleichzeitig haben wir mit der Ethikkommission einen Ort geschaffen, an dem gesellschaftliche Pluralität abgebildet werden sollte und um die politische Diskussion intellektuell und kompetent zu begleiten. Am Ende stand die von einer breiten Mehrheit in der Gesellschaft, aber auch in der Partei getragene Entscheidung, schneller als bisher geplant aus der Kernenergie auszuscheiden.«

Diese Darstellung stellte den Ablauf der Ereignisse auf den Kopf. Die Entscheidung, »schneller als bisher geplant aus der Kernenergie auszuscheiden«, stand nicht am Ende einer »politischen Diskussion«, sondern wurde bereits am Anfang von einem kleinen Kreis um Angela Merkel getroffen. Die Reaktorsicherheitskommission und die Ethikkommission hatten nur noch die Aufgabe, die bereits endgültig getroffene Entscheidung nachträglich zu legitimieren.

Aufgabe der Ethikkommission sollte es sein, dem beschlossenen Atomausstieg das Siegel der »ethischen Alternativlosigkeit« aufzudrücken. Die Kommission, die aus Kirchenvertretern, Risikoforschern und Philosophen, Wissenschaftlern der Fachrichtung »Umwelt«, Gewerkschaftlern und einem Manager bestand, erledigte diesen Auftrag erwartungsgemäß: »Der Ausstieg ist nötig und wird empfohlen, um Risiken, die von der Kernkraft in Deutschland ausgehen, in Zukunft auszuschließen.«

Nicht so gehorsam war die mit der Sicherheitsprüfung beauftragte Reaktorsicherheitskommission. Sie kam sehr schnell zu dem Ergebnis, dass alle 17 deutschen Atommeiler, einschließlich der älteren Kraftwerke, den gesetzlichen Sicherheitsanforderungen genügten. Sie waren vor allem gegen Überflutungen und Notstromausfälle deutlich besser gesichert als die japanischen Reaktoren. Die von der Bundeskanzlerin für ihre Entscheidung angeführte »neue Beurteilung« konnte sich deshalb schwerlich auf die Sicherheitslage der deutschen Kernkraftwerke bezogen haben.

Jürgen Hambrecht, Chef der BASF, und Michael Vassiliadis, Chef der IG Chemie, die sich als Mitglieder der Ethikkommission

für den schnellen Atomausstieg ausgesprochen hatten, sahen sich vier Jahre später veranlasst, ihre Entscheidung in einem öffentlichen Zeitungsbeitrag zu widerrufen. Sie sahen die Energiewende »auf dem Weg in die Sackgasse«. In einem dramatischen Appell warnten sie vor den fatalen Konsequenzen, vor den Arbeitsplatzverlusten und vor der Nutzlosigkeit des Energiekonzepts für das Weltklima. Diese späte Einsicht überraschte, weil Energieexperten genau dies vorausgesagt hatten.

Die Vorgeschichte der Energiewende

Die Ursprünge der Energiewende reichen bis in die siebziger Jahre zurück. Es waren die Winzer am Kaiserstuhl, die gegen das geplante Kernkraftwerk Wyhl protestierten. Sie befürchteten, dass die Nebelschwaden der Kühltürme die Qualität ihres Weins beeinträchtigen könnten. Als die Proteste im Februar 1975 eskalierten, waren im Fernsehen erstmals demonstrierende Bürger zu sehen, die von Wasserwerfern der Polizei zurückgedrängt wurden.

Bis dahin wurde die zivile Nutzung der Atomenergie in Deutschland für eine Zukunftstechnologie gehalten. Der Bau der ersten Kraftwerke fiel in die Zeit des wirtschaftlichen Aufbruchs der jungen Bundesrepublik. »Die Atomenergie kann zu einem Segen für Hunderte von Millionen Menschen werden, die noch im Schatten leben«, verhieß der Atomplan, den die SPD auf dem Münchener Parteitag 1956 verabschiedete. Die Ölkrise 1973 beschleunigte solche Pläne, und der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt kündigte damals den Bau von 100 Kernkraftwerken an. Bis Ende der siebziger Jahre wurden davon elf gebaut.

Parallel dazu formierte sich jedoch im außerparlamentarischen Raum die Anti-Atom-Bewegung. Ein wichtiger Kristallisationspunkt dieser Bewegung wurde Gorleben an der ehemals innerdeutschen Grenze: Im Frühjahr 1980 besetzten Atomkraftgegner den »Bohrplatz 1004« bei Gorleben, um den Bau eines Atomendlagers

zu verhindern. »Es wurde ein gigantisches Happening«, beschreibt Daniel Wetzel dieses Ereignis. Holzhäuser für mehrere Tausende Bewohner wurden errichtet. Es gab Großküchen, Radiosender, eine Klinik und eine Kirche. Man rief die »Republik Freies Wendland« aus, verteilte einen »Wendenpass« und errichtete Schlagbäume zum Nachbarstaat – der Bundesrepublik Deutschland. Um diesen Hippi-Klamauck zu beenden und das Widerstandsdorf zu räumen, waren 6500 Polizisten mit schwerer Ausrüstung, zahlreichen Hub-schraubern und Bulldozern im Einsatz.

Ein zweites Großereignis der Atomkraftgegner war am 28. Februar 1981 der Aufmarsch von hunderttausend Menschen gegen den Bau des Atomkraftwerks Brockdorf in die Wilstermarsch an der Unterelbe. Als Ordnungskräfte die verbotene Demonstration gewaltsam auflösten, wurden Hunderte von Polizisten und Demonstranten verletzt. Die Anti-Atom-Bewegung profitierte davon in zweifacher Hinsicht: Sie gewann erneut die mediale Aufmerksamkeit und zusätzlich öffentlichen Respekt, als das Bundesverfassungsgericht das Demonstrationsverbot für verfassungswidrig erklärte.

Eine wichtige Station im Kampf gegen die Atomenergie war die Bundestagswahl 1983, als die Grünen mit 27 Abgeordneten in den Bundestag einzogen. Der Ausstieg aus der Atomenergie gehörte zu ihrem Kernprogramm. Das entscheidende Ereignis war dann jedoch der Reaktorunfall in Tschernobyl am 26. April 1986. Die Bevölkerung war zutiefst beunruhigt, und die Zustimmung zur zivilen Nutzung der Atomkraft nahm deutlich ab. Infolgedessen veränderte sich auch die Einstellung in den Alt-Parteien. Noch im August desselben Jahres schrieb die SPD den Atomausstieg in ihr Parteiprogramm. Damit gewannen sie die Grünen als möglichen Koalitionspartner in einer zukünftigen Regierung.

Die von Helmut Kohl geführte Union hielt demgegenüber an der Atomkraft fest. Mit dem Stromeinspeisungsgesetz vom 7. Dezember 1991 machte sie aber einen ersten Schritt in Richtung erneuerbarer Energien. Der Anlass war die Weigerung der großen Netzbetreiber, den von örtlichen Erzeugern gewonnenen Strom aus erneuerbaren

Energien in ihre Netze zu nehmen. Das Stromeinspeisungsgesetz zwang die Netzbetreiber, auch diesen Strom abzunehmen und dafür eine angemessene Vergütung zu zahlen. Begünstigt waren vor allem Windkraftanlagen an besonders günstigen Standorten, was an der Nordseeküste zu einem ersten kleinen »Windkraft-Boom« führte. Das Stromeinspeisungsgesetz wurde in seiner Systematik Vorbild für das spätere Erneuerbare Energien Gesetz.

Den großen Schritt zur Energiewende machte die rot-grüne Bundesregierung (1998–2005) unter Bundeskanzler Gerhard Schröder. SPD und Grüne hatten im Koalitionsvertrag vereinbart, dass die Nutzung der Kernenergie »geordnet und sicher beendet« werden sollte. Hierzu einigte sich die Bundesregierung mit den Kraftwerksbetreibern auf den sogenannten »Atomkonsens« vom 14. Juni 2000, der die Laufzeiten der vorhandenen 19 Reaktoren auf jeweils 32 Jahre ab Betriebsbeginn begrenzte. Der Ausstieg konnte aber flexibel gehandhabt werden, weil die Laufzeiten in Strommengen umgerechnet und nicht erzeugte Mengen umgeschichtet werden konnten. Das Datum für die Abschaltung des letzten Reaktors blieb somit offen. Gesetzlich fixiert wurde diese Vereinbarung in dem am 22. April 2002 verabschiedeten »Gesetz zur geordneten Beendigung der Kernenergienutzung zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität«.

Zuvor hatte die rot-grüne Koalition mit Wirkung zum 1. April 2000 das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) vom Bundestag beschließen lassen, das an die Stelle des Stromeinspeisungsgesetzes trat. Zweck dieses Gesetzes war es, die fossile Stromerzeugung durch regenerative Energien, insbesondere Wind- und Solarenergie, zu ersetzen. Hierzu enthielt das Gesetz drei zentrale Regelungen: Erstens die Verpflichtung der Netzbetreiber, die Erzeuger regenerativen Stroms ans Netz anzuschließen und den erzeugten Strom vorrangig einzuspeisen. Zweitens den Anspruch der Erzeuger gegen die Netzbetreiber, für einen Zeitraum von 20 Jahren feste Vergütungen für den regenerativen Strom zu zahlen. Drittens das Recht der Netzbetreiber, die für den regenerativen Strom gezahlten

Vergütungen (abzüglich erzielter Erlöse) als EEG-Umlage an die Stromverbraucher weiter zu berechnen. Dies war der eigentliche Start der Energiewende.

Die Union reagierte auf dieses Vorhaben bei den Beratungen im Bundestag halbherzig. In einem Änderungsantrag wurden die mit dem Gesetz verfolgten Ziele begrüßt: »Im Interesse des Klimaschutzes muss die Dominanz fossiler Energieträger in den nächsten Jahrzehnten zugunsten CO₂-freier oder zumindest -armer Energieträger abgebaut werden. Die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien kann und wird einen unverzichtbaren Beitrag dazu leisten, dass Deutschland seine europäischen und internationalen Verpflichtungen zur Reduktion der CO₂-Emissionen erfüllt.« In der Bundestagsdebatte wurde von Seiten der CDU aber gerügt, dass das vorgesehene Vergütungssystem »mit marktwirtschaftlichen Grundsätzen wenig vereinbar« sei und der Gesetzentwurf zudem »schwierige EU-beihilferechtliche Fragen« aufwerfe. Das Gesetz wurde im Bundestag mit den Stimmen von SPD und Grünen beschlossen. Die CDU/CSU-Fraktion stimmte bei einigen Enthaltungen dagegen.

Nachdem Angela Merkel im April 2000 den Vorsitz der CDU übernommen hatte, näherte sich die Union den energiepolitischen Positionen von SPD und Grünen an. Schon als Umweltministerin unter Helmut Kohl hatte sie den Auftrag, Deutschland auf schärfere Klimaziele einzuschwören. In ihrem ersten Amtsjahr (1995) beschloss der Weltklimagipfel in Berlin feste Fristen für die Senkung der CO₂-Emissionen. Zwei Jahre später (1997) unterzeichnete sie im japanischen Kyoto das gleichnamige Abkommen, in dem sich vor allem die Europäer verpflichteten, ihre CO₂-Emissionen zu senken. »Kein Grund zum Jubeln, aber ein Fortschritt«, lautete ihr damaliger Kommentar. Bei dieser Politik wurde Angela Merkel von einer Gruppe ehrgeiziger CDU-Politiker unterstützt, die als »Pizza-Connection« bekannt geworden ist. Dazu gehörten beispielsweise die Bundestagsabgeordneten Ronald Pofalla, Hermann Gröhe, Armin Laschet, Norbert Röttgen und Peter Altmaier.

Als Angela Merkel im November 2005 Bundeskanzlerin wurde, blieb die Umwelt- und Klimapolitik für sie ein zentrales Thema. Im Jahr 2007 beschloss die EU unter ihrer Ratspräsidentschaft, den CO₂-Ausstoss bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Auf dem Treffen der G8-Staaten in Heiligendamm im Sommer 2007 überzeugte sie den klimaskeptischen George W. Bush, dass die Vereinten Nationen das geeignete Verhandlungsforum für den Klimawandel ist. Im August des gleichen Jahres flog sie mit Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) nach Grönland, um sich vor Eisbären fotografieren zu lassen. Damit avancierte sie in der Öffentlichkeit endgültig zur »Klimakanzlerin«. Klimapolitik ist ihr offensichtlich zur einer »Herzensangelegenheit« geworden.

Die kurze Rückwende

Angela Merkel sorgte auch dafür, dass die CDU ihre ablehnende Haltung zum Atomausstieg allmählich aufgab. Zur Einleitung eines solchen Kurswechsels benutzte sie den Begriff der »Brückentechnologie«. So hieß es beispielsweise im Grundsatzprogramm der CDU aus dem Jahr 2007: »Auf absehbare Zeit kann auf den Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung in Deutschland nicht verzichtet werden. Sie ermöglicht es, den Zeitraum zu **überbrücken**, bis neue klimafreundliche und wirtschaftliche Energieträger in ausreichendem Umfang verfügbar sind.«

Dieser Beschluss wirkte auf die Parteitage delegierten beruhigend, weil er den Atomausstieg an das Ausbautempo für erneuerbare Energien koppelte, um keine Lücke in der Stromversorgung entstehen zu lassen. Bedeutung gewann dieser Beschluss, als sich Union und FDP bei der Regierungsbildung 2009 wegen einer solchen Versorgungslücke auf eine Verlängerung der Laufzeiten für die Kernkraftwerke verständigten. Sie vereinbarten im Koalitionsvertrag, dass die den Kraftwerken zugeordneten Strommengen erhöht werden sollten.

Gegen diesen »Ausstieg vom Ausstieg« machten sämtliche Oppositionsparteien mobil. Auch die kommunalen Stadtwerke opponierten: »Kommunale Unternehmen haben in der Vergangenheit im Vertrauen auf den Bestand des Kernenergieausstiegs erhebliche Investitionen in Anlagen getätigt, deren Betrieb und Wirtschaftlichkeit durch eine Verlängerung der Laufzeiten beeinträchtigt wird«.

Die MIT befürwortete die Laufzeitverlängerung. Der *Rheinischen Post* sagte ich am 17. August 2010: »Ich bin gegen eine Obergrenze für die Laufzeit der Atomkraftwerke. Im Prinzip sollten sie solange laufen können, wie sie sicher sind, ohne ein Zeitlimit. Zudem muss es die Option geben, in Deutschland neue Atomkraftwerke zu bauen. Alle Folgekosten, insbesondere die Endlagerung, müssen nach dem Verursacherprinzip jedoch den Unternehmen auferlegt werden.«

Angela Merkel und ihre Umweltminister Norbert Röttgen zögerten lange, bis sie die im Koalitionsvertrag mit der FDP vereinbarte Verlängerung der Laufzeiten endlich im Herbst 2010 durch eine gesetzliche Neuregelung umsetzten. Die Laufzeiten für die Kernkraftwerke wurden um durchschnittlich zwölf Jahre verlängert. Der letzte Reaktor sollte 2040 vom Netz gehen. Weil die Leitungsnetze und Stromspeicher fehlten, seien die erneuerbaren Energien vorher nicht in der Lage, die Elektrizitätsversorgung verlässlich zu übernehmen, argumentierte die Kanzlerin. Um die Kernkraftgegner und Befürworter der erneuerbaren Energien zu beruhigen, beschloss die Bundesregierung gleichzeitig eine Brennelementesteuer und die Errichtung eines Klima- und Energiefonds. Die Hälfte der Gewinne aus der Laufzeitverlängerung sollten die vier Kraftwerksbetreiber in öffentliche Kassen zahlen.

Zu dem Atomkompromiss erklärte ich für die MIT: »Wir hätten uns ein klareres Bekenntnis zur Gleichbehandlung aller Energiearten, also auch der Kernenergie gewünscht. Damit hätte man alle energiepolitischen Ziele, nämlich CO₂-Reduktion, Versorgungssicherheit und günstige Strompreise erreicht.«

5. Die »Mitte-Links«-Kanzlerin

Der Rat der Weisen

Der Sachverständigenrat der Bundesrepublik Deutschland warf der Bundesregierung in seinem Jahresgutachten 2014 vor, sie mache keine »marktwirtschaftliche Politik«. Der Vorsitzende des Rates, Christoph Schmidt, forderte die Bundesregierung bei der Übergabe des Gutachtens an Angela Merkel dringend auf, »innezuhalten und die Wirtschaftspolitik neu auszurichten«. Vor allem beim Arbeitsmarkt müsse die Regierung »mehr nachdenken, bevor man ihn mit noch mehr Regulierung überzieht«. »Eine Aufbruchsstimmung hat die Koalition jedenfalls nicht erzeugt«, hieß es kritisch in dem Gutachten, das sich auf den Nenner bringen ließ: Die Bundesregierung sollte mehr auf die Marktkräfte und weniger auf Staatsinterventionen vertrauen. Die Wirtschaftsweisen kritisierten insbesondere den gesetzlichen Mindestlohn und plädierten für seine Rückabwicklung.

Die Bundesregierung reagierte auf diese Vorhaltungen mit großer Gereiztheit. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel konterte, er könne die Kritik des Rates nicht nachvollziehen: Der Rat »muss aufpassen, dass manches statt zur Wirtschaftstheorie nicht zur Wirtschaftstheologie wird«. Angela Merkel antwortete mit einer spöttischen Spitze. Mit Blick auf den Mindestlohn, der erst am 1. Januar 2015 an gelten sollte, sagte sie: »Es ist nicht ganz trivial zu verstehen, wie ein Beschluss, der noch nicht in Kraft ist, jetzt schon eine konjunkturelle Dämpfung hervorrufen kann.«

In der SPD selbst spielte man sogar mit dem Gedanken, den seit 1963 bestehenden Sachverständigenrat abzuschaffen. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann sagte, die Professoren seien offensichtlich frustriert, weil »niemand mehr auf die neoliberalen Vorschläge hört«. Die Generalsekretärin der SPD, Yasmin Fahimi, meinte: »Das Gutachten versammelt auf 400 Seiten sehr plakative, teils sehr platte Wertungen – und viel zu wenig ökonomische Fakten. Die Analyse scheint mir in seiner ganzen Methodik nicht mehr auf der Höhe der Zeit zu sein.« Die Fraktionsvorsitzende der Linken, Sahra Wagenknecht, sagte es deutlicher: »Wir brauchen andere Wirtschaftsweisen, die die Realität zur Kenntnis nehmen, statt Konzerninteressen als Wissenschaft zu verkaufen.«

Bei dieser harschen Kritik am Sachverständigenrat ging es natürlich nicht um Zweifel an der wissenschaftlichen Kompetenz der fünf Weisen. Der Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit des Gutachtens – erhoben von Nichtwissenschaftlern – entbehrte jeder Grundlage. Die Kritiker störte etwas anderes, nämlich, dass der Sachverständigenrat »marktwirtschaftliche Positionen« vertrat, die die große Koalition längst aufgegeben hatte. Christoph Schmidt brachte es auf den Punkt: »Die Position des Rates hat sich kaum verändert in den letzten drei Jahren, aber die Politik hat sich verändert. Nun fällt auf einmal auf, dass wir in unseren Abwägungen häufig Alternativen aufzeigen, die marktwirtschaftlich sind.«

Diese marktwirtschaftlichen Alternativen waren es, die Angela Merkel und Sigmar Gabriel nicht gefielen. Denn sie weckten Zweifel an der Richtigkeit der Wirtschafts- und Sozialpolitik der großen Koalition. Eine solche Einmischung der Wirtschaftsweisen wollte man sich nicht gefallen lassen. Um sie einzuschüchtern, stellte man die Institution des Sachverständigenrates insgesamt infrage.

Gestörtes Verhältnis zur Wirtschaft

Die CDU war niemals nur eine Wirtschaftspartei, aber immer auch die Partei der Wirtschaft und Unternehmer. In der Regierungszeit von Angela Merkel hat sich dies dramatisch geändert. Regierung und Wirtschaft treffen sich zwar gelegentlich, man schätzt sich aber nicht besonders, nicht einmal fachlich. »Niemand symbolisiert diese Entfremdung besser als die Bundeskanzlerin, die auch CDU-Vorsitzende ist. Von Vertrautheit, vielleicht sogar Sympathie ist jedoch wenig zu spüren«, schrieb die *WamS* in ihrer Ausgabe vom 23. Oktober 2016 über das Verhältnis der Bundeskanzlerin zur Wirtschaft.

Alle deutschen Kanzler pflegten persönliche Verbindungen zu Unternehmern: Konrad Adenauer zu Herrmann Josef Abs von der Deutschen Bank und Helmut Kohl zu Daimler-Chef Joachim Zahn. Ludwig Erhard zählte viele Mittelständler zu seinen politischen Freunden. Den Sozialdemokraten Gerhard Schröder nannte man sogar den »Genossen der Bosse«. Und Angela Merkel? Geht der Wirtschaft eher aus dem Weg, seit bekannt wurde, dass sie für den früheren Deutsche Bank-Chef Josef Ackermann im Kanzleramt ein Geburtstagsessen gegeben hatte. »Merkel hat Angst, sich mit den Wirtschaftsleuten zu treffen«, sagte ein Wirtschaftslobbyist in Berlin.

Es sind vor allem die konservativen Familienunternehmer, die sich von der CDU im Stich gelassen fühlen. Dabei geht es nicht nur um konkrete Regelungen und einzelne Gesetze. Was viele stört, ist der linke Zeitgeist, der unter Merkel in die CDU eingezogen ist und als »Sozialdemokratisierung« umschrieben wird. »CDU und SPD werden von vielen in der Wirtschaft als sozialdemokratische Parteien wahrgenommen«, sagte Thilo Brodtmann, Hauptgeschäftsführer des VDMA.

Der Partei von Ludwig Erhard, die einmal mit dem Slogan »Leistung muss sich wieder lohnen« angetreten war, ist aus der Sicht

vieler Unternehmer der Leistungsgedanke abhanden gekommen. »In der deutschen Politik, aber auch in der Berliner Regierung bestimmen derzeit linke Ideologien die Diskussion, die wenig Wirtschafts- und Lebenserfahrung haben«, umschreibt Heinrich Weiss, ein früherer BDI-Präsident, das Problem.

Die CDU hat unter Angela Merkel mit Kernüberzeugungen ihrer Parteibasis gebrochen, die von den allermeisten Unternehmern geteilt wurden. Zu diesen Brüchen gehören das Ende der Wehrpflicht, die Abschaltung der Kernenergie, die Milliarden für Griechenland, die Elternzeit auch für Männer, der Mindestlohn, die Grenzöffnung für Hunderttausende muslimische Flüchtlinge. »Nicht jede dieser Änderungen hat primär etwas mit Wirtschaftspolitik zu tun. Aber jede einzelne davon rührt am Weltbild gerade der mittelständischen Wirtschaftselite: fleißig, ordentlich, bodenständig und oft auch konservativ christlich«, beschrieb die *WamS* die Wirkung der Politik von Merkel auf die Unternehmer.

Gebrochene Wahlversprechen

Von der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung sind viele Unternehmer enttäuscht, weil in der Regierungszeit von Angela Merkel eine fundamentale Neuorientierung in der Steuerpolitik stattgefunden hat. Bis zur Finanz- und Wirtschaftskrise gab es in der Union einen breiten Konsens, der sich wie folgt beschreiben lässt:

- Eine grundlegende Steuerreform ist notwendig, um das Steuerrecht einfacher und gerechter zu machen. Die konkreten Forderungen lauteten: Niedrige Steuersätze und wenig Ausnahmen.
- Die Zahl der Steuern ist auf wenige allgemeine und ergiebige Steuern zu begrenzen, im Kern auf die Lohn- und Einkommensteuer sowie auf die Umsatzsteuer.
- Die Wettbewerbsfähigkeit und Substanz der deutschen Wirtschaft ist zu sichern. Die Höhe der Unternehmenssteuern sollte

auf internationalem Niveau liegen. Substanzsteuern wie die Vermögenssteuer, Gewerbekapitalsteuer und Erbschaftssteuer sind zurückzuführen.

- Der internationale Steuerwettbewerb ist ein zentrales und unverzichtbares Element der Steuerpolitik. Vor allem der Wettbewerb um mobiles Kapital setzt den Gesetzgeber unter Druck.

Letztmalig haben CDU und CSU bei der Bundestagswahl 2009 mit einem Steuerprogramm geworben, das auf diesem Konsens beruhte. »Eine richtige Steuerpolitik befördert Wachstum«, lautete die Argumentation. Gedacht war an eine Reform des Steuertarifs, an die Milderung der »kalten Progression«, an eine deutliche Vereinfachung des Steuerrechts sowie an die Überprüfung der Mehrwertsteuersätze. Im Koalitionsvertrag mit der FDP wurde vereinbart: »Wir werden dafür sorgen, dass sich Arbeit lohnt, dass den Bürgern mehr Netto vom Bruttoeinkommen bleibt. Das Steuersystem und das Besteuerungsverfahren werden wir deutlich vereinfachen und für die Anwender freundlicher gestalten.«

Nach vier Jahren Regierungszeit waren die Ergebnisse jedoch außerordentlich mager, weil Wolfgang Schäuble (CDU) als Finanzminister nichts umgesetzt hatte. Für die Reform der Einkommensteuer fehlte das Geld, zu groß waren die Risiken, die die Bundesregierung für die Euro-Rettung eingegangen war. Für die Reform der Mehrwertsteuer fehlte der Mut, man wollte es sich nicht mit den Profiteuren eines verminderten Mehrwertsteuersatzes verscherzen. Und bei der Reform der Gewerbesteuer verließ Wolfgang Schäuble das Verhandlungsgeschick gegenüber den Kommunen, die zwar bei der Grundsicherung entlastet wurden, aber dem Finanzminister die Gegenleistung bei der Gewerbesteuer verweigerten. Schäuble rechtfertigte diese enttäuschende Bilanz gegenüber Journalisten damit, dass die Steuerbelastung in Deutschland so sei, dass sie den Bürgern im Verhältnis zu den Leistungen des Staates akzeptabel erscheine: »Grosse Entwürfe, die man mit ›Bierdeckel‹ bezeichnet, haben mit der Realität nichts zu tun.«